

Antrag 250/I/2019

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Ausschluss von Geflüchteten in Beschäftigungsduldung vom Kindergeld und Kinderzuschlag beenden! Gleichbehandlung von allen Menschen mit Kindern in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ermöglichen!

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages
2 und Bundesrates werden aufgefordert, sich dafür einzu-
3 setzen, dass in das Asylbewerberleistungsgesetz ein Para-
4 graf eingeführt wird, der vorsieht, dass Asylsuche mit Kin-
5 dern eine zusätzliche Leistung in Höhe des Kindergeldes
6 für jedes Kind bekommen.

7

8 **Begründung**

9 Kindergeldansprüche haben nach gegenwärtiger Rechts-
10 lage nur Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis, nicht
11 aber mit dem Status Gestattung oder Duldung. Mit der
12 heutigen Befassung des Bundesrates ist sicher, dass es
13 für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Geduldete
14 nur eine Beschäftigungsduldung geben wird und keinen
15 Wechsel in eine Aufenthaltserlaubnis. Dafür hat sich keine
16 Mehrheit im Bundesrat gefunden. Damit bleiben sie dann
17 auch künftig von Kindergeldleistungen ausgeschlossen.

18

19 Diese Ungleichbehandlung ist sozialpolitisch nicht hin-
20 nehmbar, weil sie viele gut integrierte Geduldete in ei-
21 ner prekären finanziellen Sondersituation belässt: Gering-
22 verdiener mit Kindern brauchen Kindergeld und Kinderzu-
23 schlag, um unabhängig von Leistungen nach dem Asylbe-
24 werberleistungsgesetz leben zu können. Und es ist auch
25 ungerecht im Verhältnis zu anderen Kolleginnen und Kol-
26 legen im Betrieb.